bvr.de

Digitale Souveränität der EU

Bundesverband der Deutschen
Volksbanken und Raiffeisenbanken

Zusammenfassung

Digitale Souveränität als Handlungsfähigkeit: Digitale Souveränität beschreibt die Fähigkeit, Abhängigkeiten zu kennen, bewusst zu steuern und auch in Krisensituationen handlungsfähig zu bleiben. Sie steht für eigene Entscheidungs- und Handlungsspielräume, nicht für Autarkie oder Abschottung.

Ursachen fehlender Souveränität: Europas technologische Abhängigkeit beruht vor allem auf Marktfragmentierung, unzureichender Wachstumsfinanzierung und fehlender Adoption europäischer Lösungen.

Maßnahmen für mehr Souveränität: Europa braucht einen vertieften digitalen Binnenmarkt, mehr privates Investitionskapital und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Zugleich leistet die Genossenschaftliche FinanzGruppe selbst einen Beitrag – als Gestalter, Entwickler und Finanzierer europäischer Lösungen.

Einleitung

Digitale Souveränität hat sich zu einer der zentralen wirtschafts- und technologiepolitischen Fragestellungen Europas entwickelt. Geopolitische Spannungen, die zunehmende Abhängigkeit von außereuropäischen Technologieanbietern sowie der rasante Fortschritt bei Künstlicher Intelligenz und Cloud-Technologien haben die Bedeutung einer leistungsfähigen und resilienten digitalen Infrastruktur in den Fokus gerückt. Vor diesem Hintergrund ist digitale Souveränität eine strategische Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Handlungsfähigkeit Europas.

Wie schnell diese Frage konkret wird, zeigte sich zuletzt im Juni 2026: Ein führender US-KI-Anbieter musste den Zugang zu seinem neusten öffentlich verfügbaren KI-Modell auf Anordnung der US-Regierung für sämtliche Nutzer außerhalb der Vereinigten Staaten sperren. Sein noch leistungsfähigeres Spitzenmodell blieb ohnehin von vornherein einem ausgewählten Kreis US-amerikanischer Organisationen vorbehalten. In beiden Fällen gilt: Europa hat keinen gesicherten Zugang zur jeweils leistungsfähigsten KI-Generation, und es hat auf diese Entscheidungen keinen Einfluss.

Aus Sicht der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken ist digitale Souveränität eine strategische Voraussetzung für einen sicheren, wettbewerbsfähigen und innovationsfähigen Finanzplatz Europa. Als Betreiber kritischer Finanzinfrastrukturen, als Partner von über 30 Millionen Kundinnen und Kunden sowie als Finanzierungspartner des Mittelstandes bringt sie sich in die Debatte mit konkreten Impulsen für eine praxistaugliche und zukunftsfähige Ausgestaltung digitaler Souveränität ein.

Digitale Souveränität in der EU bedeutet Handlungsfähigkeit

Digitale Souveränität bezeichnet die Fähigkeit staatlicher, gesellschaftlicher und unternehmerischer Akteure, im digitalen Raum eigenständige Entscheidungen zu treffen, diese durchzusetzen und die Bedingungen der eigenen digitalen Infrastruktur zu kennen und zu gestalten. Sie umfasst die Fähigkeit, digitale Abhängigkeiten zu erkennen, zu steuern und Handlungsfähigkeit selbst in Krisen- und Konfliktsituationen aufrechtzuerhalten. Dabei sollte digitale Souveränität nicht als digitale Autarkie verstanden werden. Digitale Souveränität erfordert keine vollständige Unabhängigkeit von externen Anbietern oder technologische Selbstversorgung.

Europa ist in den strategischen Schichten der digitalen Wertschöpfung strukturell abhängig. Der europäische Cloud-Markt wird von wenigen außereuropäischen Anbietern beherrscht, die Fertigung modernster Halbleiter ist auf wenige Unternehmen konzentriert, und bei den leistungsfähigsten KI-Modellen ist Europa auf eine Handvoll nicht-europäischer Anbieter angewiesen. Der Draghi-Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU beziffert die Abhängigkeit Europas bei digitalen Produkten auf über 80 Prozent.

Ursachen fehlender digitaler Souveränität

Die Ursachen der europäischen Abhängigkeit liegen nicht in einem Mangel an technologischem Know-how oder Innovationskraft. Europa verfügt in zahlreichen Schlüsseltechnologien über führende Unternehmen und Forschungseinrichtungen: von der Lithografie über Industrietechnologien bis hin zu Unternehmenssoftware. Dennoch gelingt es häufig nicht, diese Stärken in

skalierbare digitale Ökosysteme oder strategische Kontrolle über kritische Technologien zu übersetzen. Die Folge sind strukturelle Abhängigkeiten in zentralen Bereichen der digitalen Wertschöpfung. Europas Abhängigkeit lässt sich auf drei Hauptursachen zurückführen:

- **Marktfragmentierung:** Ein amerikanisches Technologieunternehmen skaliert in einem einheitlichen Markt mit einer Sprache, einem Rechtssystem und einem Regulierungsrahmen. Ein europäisches Unternehmen mit demselben Anspruch navigiert 27 Märkte, 24 Amtssprachen und 27 nationale Umsetzungen eines EU-Regulierungsrahmens, was Skalierung strukturell teurer macht und verhindert, dass europäische Lösungen die kritische Masse für Netzwerkeffekte erreichen. Sowohl der Letta- als auch der Draghi-Bericht identifizieren diese Fragmentierung als zentrale Ursache der europäischen Skalierungsschwäche.
- **Fehlende Investitionen:** Europäische Technologieunternehmen haben deutlich schlechteren Zugang zu Wagnis- und Wachstumskapital als ihre amerikanischen Wettbewerber – eine Lücke, die der Draghi-Bericht als zentrale Wachstumsbremse benennt. Das gilt in besonderem Maße für KI, wo die Entwicklung konkurrenzfähiger Modelle Investitionen in einer Größenordnung erfordert, die in Europa bislang nicht mobilisiert wird. Ohne wettbewerbsfähige Alternativen läuft jeder Adoptionsappell ins Leere: Kein Unternehmen geht freiwillig Wettbewerbsnachteile ein.
- **Fehlende Adoption:** Selbst dort, wo europäische Alternativen existieren, werden sie nicht automatisch genutzt. Das liegt nicht allein an mangelnder Qualität, sondern an einem kollektiven Koordinationsproblem: Frühe Anwender tragen die Kosten und Risiken des Wechsels, während der Nutzen erst entsteht, wenn eine kritische Masse folgt. So lagen europäische Cloud-Anbieter 2021 zusammen bei unter 16 Prozent des EU-Cloud-Markts. Europäische Cloud-Initiativen wie Gaia-X zeigen entsprechend, dass technologische Konzeptionsleistung allein nicht ausreicht. Entscheidend ist die Bereitschaft der Marktteilnehmer zur Adoption.

Problematisch sind diese Abhängigkeiten vor allem deshalb, weil sie Europas Zugang zu zentralen Zukunftstechnologien verwundbar machen. Werden technologische Leistungen, Rechenkapazitäten oder fortschrittliche KI-Systeme aus geopolitischen, regulatorischen oder wirtschaftlichen Gründen eingeschränkt, drohen europäischen Unternehmen Wettbewerbsnachteile gegenüber Akteuren in anderen Weltregionen.

Maßnahmen für mehr digitale Souveränität in der EU

Aus Sicht der Genossenschaftlichen FinanzGruppe kommt es auf drei Maßnahmen an, um Europas digitale Souveränität wirksam zu stärken:

Vertiefung des digitalen Binnenmarktes.

Nur ein vertiefter Binnenmarkt schafft die Skalierungsbedingungen, unter denen europäische Lösungen kritische Masse erreichen. Fragmentierung ist die teuerste aller Standortbremsen. Die bestehenden Hürden wirken nach Schätzung des IWF wie ein Binnenzoll von rund 45 Prozent im verarbeitenden Gewerbe und von rund 110 Prozent im Dienstleistungssektor. Ein gut ausgestalteter, optional wählbarer europäischer Rechtsrahmen im Gesellschaftsrecht (28. Regime) kann hierfür eine richtige Antwort sein. Er kann innovativen Unternehmen und Start-ups Gründungen erleichtern, rechtliche Hemmnisse für grenzüberschreitende Aktivitäten abbauen und so leichtere europaweite Skalierung ermöglichen.

Mobilisierung von Investitionskapital.

Europa braucht leistungsfähiges Wagnis- und Wachstumskapital, um Innovationen in marktfähige Produkte zu übersetzen. Die Finanzierung innovativer Technologieunternehmen ist eine zentrale Voraussetzung für digitale Souveränität. Obwohl in Europa erhebliche Kapitalressourcen vorhanden sind, stehen diese für die Finanzierung von Innovation und Wachstum bislang nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Ein integrierter europäischer Kapitalmarkt schafft den Skalierungsmarkt für Kapital, anhand dessen innovative Unternehmen ihrerseits im EU-Binnenmarkt skalieren können. Dabei ist der Kapitalmarkt nur ein Komplement zur klassischen Bankfinanzierung. Für die Skalierung von Innovationen und Unternehmen über einen europäischen Markt braucht es beides. Daher kann ein *leistungsfähiger europäischer Verbriefungsmarkt* die Brücke bauen und dazu beitragen, privates Kapital zu mobilisieren und bei Banken neue Spielräume für die Finanzierung innovativer Unternehmen zu schaffen. Dafür sollten unnötig komplexe Transparenz- und Prozessanforderungen vereinfacht und Risiken regulatorisch sachgerecht behandelt werden. Finanzstabilität und Anlegerschutz müssen dabei gewahrt bleiben.

Innovationsfreundliche und kohärente Regulierung.

Gute Regulierung steckt einen Rahmen ab, in dem europäische Lösungen entstehen und sich durchsetzen können. Das erfordert Kohärenz zwischen den zahlreichen Digitalregelwerken statt immer neuer, kumulativer Belastung. Neue Souveränitätsvorhaben wie der Cloud and AI Development Act (CADA) müssen offen

ausgestaltet sein und den Zugang zu weltweit führenden Technologien wahren. Konkret heißt das: Banken sollen frei wählen können, welche Cloud- und KI-Dienste sie einsetzen, und dabei auf bestehenden Rahmenwerken (etwa DORA) aufbauen, statt sie zu verdoppeln. Der Zugang zu den leistungsfähigsten internationalen Diensten bleibt offen, und europäische Alternativen setzen sich dort durch, wo sie bei Qualität, Kosten und Innovationskraft überzeugen. Gleichzeitig bedarf es einer grundlegenden Modernisierung des europäischen Daten- und Datenschutzrechts, um Rechtssicherheit für datengetriebene Innovationen und das Training von KI-Modellen zu schaffen. Nur so können europäische KI-Unternehmen ihre Lösungen in Europa entwickeln, skalieren und im globalen Wettbewerb bestehen. Die laufenden Verhandlungen zum *Digital Omnibus* bieten hierfür eine wichtige Gelegenheit, die nicht ungenutzt bleiben darf. Insbesondere sollte der Digital Omnibus zwei Punkte klären: eine verlässliche Rechtsgrundlage für KI-Training und Anonymisierung, damit KI in Europa rechtssicher mit Daten entwickelt werden kann, und den Erhalt funktionierender sektoraler Meldesysteme, statt paralleler Meldepflichten, die bewährte Verfahren verdrängen.

Unser Beitrag als Genossenschaftliche FinanzGruppe

Digitale Souveränität entsteht nicht allein auf der politischen Ebene und nicht allein auf der Angebotsseite. Als Teil der europäischen Kreditwirtschaft trägt die Genossenschaftliche FinanzGruppe (GFG) hier Mitverantwortung. Mit über 30 Millionen Kundinnen und Kunden und rund 140.000 Beschäftigten in den Volksbanken und Raiffeisenbanken zählt sie zugleich zu den relevanten Nachfragern digitaler Technologien in Europa. Ihre Mitverantwortung für die europäische digitale Souveränität nimmt die GFG dabei bereits heute aktiv wahr und übersetzt sie in konkrete Vorhaben. Die folgenden Beispiele zeigen, wo sie ansetzt: als Gestalter und Entwickler europäischer Lösungen und Alternativen sowie als Finanzierer digitaler Infrastruktur.

Als Gestalter: europäische Alternativen in die Praxis bringen.

Bei der Cloud-Infrastruktur ist die Abhängigkeit von wenigen außereuropäischen Anbietern besonders groß. Genau hier setzt die GFG an: Die DZ-BANK-Gruppe prüft die Zusammenarbeit mit einem europäischen Cloud-Anbieter, dessen Plattform vollständig unter europäischer Jurisdiktion betrieben wird. Die technische und regulatorische Bewertung hat die Bausparkasse Schwäbisch Hall federführend übernommen und bereitet erste Pilotanwendungen vor. Schon die Prüfung zeigt, worauf es ankommt: Belastbare europäische Alternativen entstehen dort, wo Nachfrage sie trägt.

Als Entwickler: eigene europäische Lösungen schaffen.

Mit Wero beteiligt sich die GFG am Aufbau einer privatwirtschaftlichen europäischen Bezahllösung, die die Abhängigkeit von außereuropäischen Karten- und Zahlungsanbietern verringert. Seit der Einführung 2024 ist Wero in Deutschland, Frankreich und Belgien verfügbar; weitere Länder wie Luxemburg und die Niederlande folgen. Anfang September 2026 waren bereits rund 60 Millionen Nutzerinnen und Nutzer registriert. Derzeit für Zahlungen zwischen Privatpersonen nutzbar, wird das Angebot schrittweise auf den Online- und den stationären Handel ausgeweitet.

Parallel entsteht mit tokenisiertem Giralgeld (Commercial Bank Money Token) eine weitere europäische Lösung, speziell für die Industrie: Bankeinlagen, die in programmierbarer Form auf einer Blockchain verfügbar gemacht werden. Da das Geld unmittelbar auf der Blockchain verfügbar ist, lassen sich Zahlungen automatisiert und in Echtzeit auslösen. Das eröffnet neue Anwendungsfelder, etwa Industrie-4.0-Prozesse, in denen Maschinen eigenständig und ohne menschliches Zutun miteinander abrechnen (Machine-to-Machine-Payments). Anders als Stablecoins bleibt tokenisiertes Giralgeld dabei vollwertiges Bankgeld; die BaFin erkennt es aufsichtsrechtlich als Bankeinlage an. Wie weit die Entwicklung bereits fortgeschritten ist, zeigt ein Meilenstein aus dem Mai 2026: Die DZ BANK führte gemeinsam mit weiteren Banken im Euroraum die erste Transaktion mit tokenisiertem Giralgeld durch, welche vollständig auf der Blockchain abgewickelt wurde. Beide Vorhaben stärken die europäische Souveränität im Zahlungsverkehr und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie.

Als Finanzierer: souveräne Infrastruktur ermöglichen.

Als Finanzierungspartner der Wirtschaft stärkt die GFG zudem die Infrastruktur, auf der digitale Souveränität konkret beruht. So finanziert die DZ BANK gemeinsam mit einer regionalen Volksbank und unter Einbindung öffentlicher Fördermittel den Bau eines Rechenzentrums in Baden-Württemberg für eine IT-Unternehmensgruppe. Diese begleitet Firmen bei der digitalen Transformation mit Produkten der Informationstechnologie und Consulting-Services. Das Unternehmen betreibt in der Region bereits ein Rechenzentrum und plant den Bau von drei weiteren. Das Angebot richtet sich an Unternehmen, die ihre Daten sicher in Deutschland speichern möchten – von regionalen Mittelständlern bis hin zu multinationalen Konzernen. Derartige Finanzierungen schaffen Kapazitäten für Rechenzentren im europäischen Rechtsraum und bieten somit eine verlässliche Alternative zur Datenspeicherung bei außereuropäischen Anbietern.

Fazit

Für die Genossenschaftliche FinanzGruppe ist digitale Souveränität kein Selbstzweck. Es ist die Voraussetzung, auch künftig unabhängig über die eigene Infrastruktur, die eigenen Daten und die eigenen Zahlungswege zu verfügen. Ob Europa souverän wird, entscheidet sich nicht in Bekenntnissen, sondern im Handeln. Als Gestalter, Entwickler und Finanzierer europäischer Lösungen trägt die GFG bereits heute dazu bei und baut ihr Engagement weiter aus. Damit diese Lösungen wachsen und sich im Markt entwickeln können, gilt es nun seitens der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.



Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

Der BVR ist der Spitzenverband der genossenschaftlichen Kreditwirtschaft in Deutschland. Dazu zählen die rund 640 Volksbanken und Raiffeisenbanken, Sparda-Banken, PSD-Banken, Kirchenbanken und weitere Sonderinstitute wie die Deutsche Apotheker- und Ärztebank. Präsidentin des BVR ist Marija Kolak. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind Tanja Müller-Ziegler und Daniel Quinten. Der BVR vertritt bundesweit und international die Interessen der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Innerhalb der Gruppe koordiniert und entwickelt der BVR die gemeinsame Strategie der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Er berät und unterstützt seine Mitglieder in rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen. Der BVR betreibt zwei institutsbezogene Sicherungssysteme. Zum einen ist dies die 100-prozentige Tochtergesellschaft „BVR Institutssicherung GmbH“. Sie stellt das amtlich anerkannte Einlagensicherungssystem dar. Zum anderen betreibt er die freiwillige „Sicherungseinrichtung des BVR“ – das älteste Bankensicherungssystem Deutschlands. Der BVR ist aktiv in Berlin, Bonn und Brüssel. Informationen zum BVR und seinen Themen erhalten Sie unter:

Telefon: +49 (0)30 2021 1605
E-Mail: politik@bvr.de
Internet: www.bvr.de

bvr.de

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Clemens Horn
Florian Simon Ruhnke

E-Mail: politik@bvr.de
Internet: www.bvr.de

Stand
Oktober 2026

Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken